

GROSSER RAT AARGAU

Motion Gregor Biffiger, Berikon, vom 22. Juni 2004 betreffend sofortigen Abbruch des untauglichen Projektes "Horizont 2003" und Erarbeitung eines brauchbaren, bürgernahen und bewährte Strukturen respektierenden Sicherheitskonzeptes

Text:

Die Regierung wird eingeladen, dem Grossen Rat ein Sicherheitskonzept vorzulegen, welches die öffentliche Sicherheit im Kanton Aargau mittels möglichst einfacher Strukturen, möglichst weniger Schnittstellen und unter haushälterischem Einsatz personeller und finanzieller Ressourcen gewährleistet. Dabei sind die bewährten Strukturen zu respektieren. Das untaugliche Projekt "Horizont 2003" ist sofort abzubrechen und das Ziel einer möglichst hohen Anzahl von grösseren Stadt- bzw. Regionalpolizeikorps ist aufzugeben. Die Kantonspolizei hat die lokale Sicherheit gegen sachlich differenzierte, kostendeckende Abgeltung seitens der Gemeinden sicherzustellen. Die schon vor der Einführung von Horizont 2003 bestehenden, bewährten Gemeinde- und Stadtpolizeien sollen, sofern ihre Trägergemeinden dies wollen, auch in Zukunft der Öffentlichkeit dienen dürfen.

Begründung:

Die regierungsrätliche Botschaft und der Entwurf des Polizeigesetzes vom 05. Mai 2004 zeigen in aller Deutlichkeit auf, dass die Regierung den mittels Leitsätzen formulierten Auftrag des Grossen Rates missachtet. Auf Seite 4 der Botschaft ist wörtlich nachzulesen, dass man die Bedenken kleinerer Gemeinden teilweise aufnehme und neu nicht mehr den Aufbau eines flächendeckenden Netzes von Gemeindepolizeien, sondern eine (möglichst hohe) Anzahl von grösseren, gut qualifizierten Stadt- bzw. Regionalpolizeikorps anstrebe. Dies widerspricht dem in Leitsatz 5 statuierten, als gleichwertig eingestuften Einkauf polizeilicher Leistungen bei der Kantonspolizei.

Die Vernehmlassungsergebnisse zum neuen Polizeigesetz zeigen in erschreckendem Masse, dass die vom Regierungsrat angestrebte Sicherheitskonzeption den Bedürfnissen vieler Gemeinden und weiter Teile der Bevölkerung diametral entgegenläuft. Trotz sehr schwerer Bedenken marschiert der Regierungsrat auf dem eingeschlagenen Irrweg weiter. Die von der Regierung anvisierte Lösung mündet in eine Zweiklassenpolizei, schafft eine Vielzahl von Abgrenzungsproblemen, führt zu massiv höheren Gesamtkosten und stellt einen strukturellen Rückschritt dar. Auch die jüngsten Erfahrungen mit privaten Sicherheitsunternehmen zeigen in aller Deutlichkeit, dass solche Lösungen unter dem Aspekt des nicht delegierbaren staatlichen Gewaltmonopols auf Dauer nicht zu befriedigen vermögen.

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung ist eine staatliche Kernaufgabe, bei der keine qualitativ minderwertigen Lösungen hingenommen werden dürfen. Das Scheitern des untauglichen Projekts Horizont 2003 spätestens in der Volksabstimmung zeichnet sich bereits heute klar ab. Es gilt deshalb, die Zeitspanne bis zum Vorliegen eines brauchbaren, bürgernahen, bewährte Strukturen respektierenden Sicherheitskonzeptes zu verkürzen. Dies ist das zentrale Anliegen der vorliegenden Motion.